



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Januar 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 765 Anfrage Wedekind Claudia und Mit. über die geplante Aufhebung von Polizeiposten im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Die Anfrage A 765 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 100 zu 5 Stimmen zu.

Die Anfrage A 765 und die Anfrage A 766 von Josef Schuler über die Überprüfung des Stationierungskonzepts für Polizei- und Hauptposten und Schliessungen von Polizeiposten werden als Paket behandelt.

Claudia Wedekind ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Josef Schuler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Claudia Wedekind: Ich danke der Regierung für die Beantwortung der Fragen. Die von der Regierung empfohlene Dringlichkeit sowie die Antworten zeigen mir, dass erkannt wurde, wie bewegend das Thema des Stationierungskonzeptes ist. Ich begrüsse es sehr, dass derzeit ein Planungsbericht ausgearbeitet wird, und freue mich auf diesen, denn darin sollen die Gesamtheit der Massnahmen und ihr Zusammenspiel umfassend dargelegt werden. Mit diesem Instrument entsteht ein Dialog mit dem Kantonsrat, was wichtig und richtig ist. Ich bedaure die Panne mit der Indiskretion bei der Kommunikation und die so öffentlich gemachten Informationen im Zusammenhang mit der Organisationsentwicklung 2030 der Luzerner Polizei (OE 2030). Als Parlamentsvertreterin von möglicherweise betroffenen Standorten sah ich es als meine Pflicht an, hier zu reagieren. Mein grosses Anliegen ist, dass die Besorgnis der Bevölkerung wahrgenommen wird, also ihre Unsicherheiten und Sorgen bezüglich ihrer Sicherheit vor Ort. Dies betrifft nicht nur die sichtbare, sondern insbesondere auch die gefühlte Sicherheit. Eine Polizei mit Zukunft soll nicht nur auf dem Papier existieren, sie soll gelebt werden. Das bedeutet, dass die Polizei vor Ort und nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern ist, und zwar nicht nur im Auto, sondern auch auf den Gehwegen. Diese Präsenz vor Ort vermittelt Sicherheit in der ganzen Bevölkerung und ist zugleich ein verstärktes Zeichen der Prävention. Den Antworten ist zu entnehmen, dass das Stationierungskonzept ein Teil der gesamten OE 2030 und die Standortentscheidung noch nicht gefallen ist. Ich mache ein Fragezeichen dahinter, ob die heute eingeschränkten Öffnungszeiten das einzige und richtige Kriterium für die Zusammenlegung der Posten sein sollen. Vielleicht gäbe es weitere Kriterien, wo welche Posten aufrechtzuerhalten sind. In den Antworten ist wiederholt zu lesen, dass alle Massnahmen auf einer massiven Zunahme des Polizeipersonals basieren. Wir kennen es nur zu gut, dass jede Massnahme, die wir beschliessen, Konsequenzen hat. Hier erfordern die Massnahmen eine massive Aufstockung des Personals, damit sie überhaupt umgesetzt

werden können. Damit der Kanton Luzern diese Aufstockung von Polizistinnen und Polizisten umsetzen kann, braucht es Menschen, die diese Arbeit ausführen wollen. Zudem muss dieses Personal auch finanziert werden. Was geschieht aber, wenn das notwendige Personal nicht gefunden wird? Was, wenn das hier zu investierende Geld nicht gesprochen wird? Zunächst gilt es aber den Planungsbericht abzuwarten und dann faktenbasiert die Massnahmen zu diskutieren.

Josef Schuler: Ich bedanke mich bei der Regierung für die Beantwortung meiner dringlich eingereichten Anfrage. Mit der Antwort bin ich teilweise zufrieden. Meine Anfrage betrifft nicht die OE 2030. Obwohl ich zunächst befürchtete, dass dieses Projekt nur aufgegleist wurde, um Kosten zu sparen, bin ich heute der Überzeugung, dass es ein richtiges Projekt ist, gerade auch weil es Investitionen für die Polizei beinhaltet. Die SP-Fraktion hat entsprechend im letzten Budget eine Erhöhung für die Polizei beantragt. Diese Entwicklung ist also gut. Nun bin ich mir weniger sicher, dass auch alle Akteure diese Entwicklung wirklich mittragen. Wie in den Antworten auf meine Anfrage aufgezeigt, gibt es Möglichkeiten, die OE 2030 zu beeinflussen. Insbesondere sollen da Gemeinden, Polizisten und auch unser Rat einbezogen werden. Ich habe hingegen Mühe mit der Art der Kommunikation. Ein Debakel wie jenes zwischen Weihnachten und Neujahr darf sich nicht wiederholen, denn dies schwächt das Vertrauen in die Luzerner Polizei. Die JSK wurde am 14. Dezember 2030 über den Stand der OE 2030 informiert. Die Überraschung war dann aber gross, als plötzlich medial die Schliessung von Polizeiposten verkündet und dabei sogar genannt wurde, welche davon betroffen seien. Diese Auskunft wurde teils sogar vom zuständigen Regierungsrat bestätigt. Da das ganze Konzept aber erst am Anlaufen ist, waren diese Mitteilungen für mich ziemlich irritierend und somit der Grund für meine Anfrage. Nun steht in der Antwort dazu, dass noch keine Standortentscheide für Schliessungen gefallen seien. Nach den erwähnten Vorkommnissen habe ich allerdings das Vertrauen etwas verloren, dass die Verantwortlichen hier auch wirklich die Unterstützung der Gemeinden und der Mitarbeitenden abholen. Es ist mir wichtig, dass die Regierung diese Entscheide nicht ohne Mitwirkung und ohne unser Wissen durchdrückt. Mit der Antwort der Regierung bin ich da zufrieden, wo steht, dass die zuständige Kommission und auch der gesamte Rat im Rahmen der Planung des Planungsberichtes umfassend konsultiert und informiert werden. Das vorgefallene Debakel zeigt auf, dass die Luzerner Polizei ein Defizit in der Kommunikationskultur aufweist. Daher rege ich an, das Kommunikationskonzept zu überarbeiten.

Valentin Arnold: Auch ich komme aus einer Gemeinde, die von der Schliessung eines Polizeipostens betroffen ist. Aber ich habe mich dann gefragt, wann ich das letzte Mal auf diesem Posten gewesen bin. Das ist 15 oder 20 Jahre her, als mein Sohn an seinem Töffli herumgebastelt hatte und ich erscheinen musste. Heutzutage muss man nur noch auf dem Posten erscheinen, wenn man vorgeladen wird. Alles andere kann man auch online machen. Ich war also in den letzten 20 Jahren nie mehr auf dem Posten unserer Gemeinde, und ich weiss auch nicht, wer dort arbeitet. Entweder war ich die letzten 20 Jahre zu brav oder zu clever, um mich erwischen zu lassen. Wie man in den Antworten des Regierungsrates lesen kann, geht die Tendenz hin zu grösseren Posten. Das macht auch Sinn, denn auf einem grösseren Posten können auch alle Dienstleistungen angeboten werden. In unserer Gemeinde war der Posten noch an drei Tagen die Woche für einige Stunden mit zwei Personen besetzt, das habe ich nachgeschaut. Für mich persönlich hat dies mit dem Sicherheitsempfinden nicht viel zu tun. Ich glaube auch nicht, dass die Kriminalität in den Gemeinden ohne Polizeiposten höher ist. Entscheidend ist für mich als Bürger die Einsatzzeit, wenn ich die Polizei rufe. Die Einsatzzeit wird man mit vermehrter Patrouillentätigkeit sehr wahrscheinlich verkürzen können. Die Kommunikation über die OE 2030 ist im Vorfeld natürlich verbesserungsfähig, aber ich kann mich mit den Antworten zur Anfrage einverstanden erklären.

Laura Spring: Valentin Arnold hat für einen Teil der G/JG-Fraktion gesprochen, ich spreche für den anderen Teil. Ich danke dem Regierungsrat herzlich für die ausführlichen und informativen Antworten. Sie zeigen grundsätzlich, dass die OE 2030 in eine gute

Richtung geht, aber das Schliessen von Polizeiposten ist ein sensibles Thema. Wichtig für die Grünen und Jungen Grünen ist eine moderne Polizei, die nahe und schnell bei den Einwohnerinnen ist. Es ist gut, wenn überprüft wird, ob man das mit einem veränderten Stationierungskonzept erreichen kann. Falls aber vermehrt auf Patrouillen gesetzt wird, ist es zentral, dass Polizistinnen und Polizisten bestimmte regionale Einsatzschwerpunkte haben, weil sie wichtige Bezugspersonen für Quartiere und Dörfer sind. Sie können so das Vertrauen in der Bevölkerung aufbauen und spezifische Kompetenzen für die Orte und Regionen entwickeln. In gewissen Regionen ist vielleicht die Sache mit den Töfflis wichtig, wie wir von Valentin Arnold gehört haben, aber im Babel-Quartier, wo ich lebe, haben wir definitiv andere Themen. Ich möchte hier auch Polizei haben, die weiss, worauf sie treffen wird, und gut vorbereitet ist. Das ist auch für die Polizistinnen besser, die dann genau dafür ausgebildet werden, was sie durchführen müssen. Die Arbeit der Polizei ist ein essenzieller Service public, der im Kanton Luzern mehr und nicht weniger Ressourcen braucht. Die Luzerner Polizei muss sich den Herausforderungen stellen. Urbanisierung, Digitalisierung, Wertewandel, Migration und 24-Stunden-Gesellschaft sind wichtige Schwerpunkte für die Weiterentwicklung. Die Grünen und Jungen Grünen haben sich im letzten Jahrzehnt für den Ausbau der Ressourcen der Polizei eingesetzt. Leider hat die Sparpolitik des Kantons dies verschleppt. Die Schliessung von so vielen Posten ist eine Spätfolge der überlasteten Polizei. Wir hoffen, dass die Gemeindevertretungen erkennen, dass die Sparpolitik nicht spurlos am Service public im Kanton vorbeigeht und künftig die nötigen Ressourcen gesprochen werden. Es braucht eine öffentliche und politische Diskussion, denn es sind politische Entscheidungen. Die Gemeinden müssen gut einbezogen werden, und die Polizeiangehörigen müssen beteiligt und transparent informiert werden. Wir danken dafür, dass in Zukunft vermehrt ein Augenmerk darauf gerichtet wird, und wir freuen uns auch auf den Planungsbericht.

Mario Cozzio: Wir wissen alle, dass es ein wenig unglücklich gelaufen ist mit der Kommunikation und man jetzt wegen der Zeitungsberichte zu früh über etwas spricht, von dem man gar noch nicht genau weiss, wie es aussieht. Grundsätzlich danken wir der Regierung für die Beantwortung der Anfrage. Es war spannend, diese Antwort zu lesen, und als Mitglied der JSK freue ich mich auf die Information innerhalb der Kommission und die Beratung der Botschaften im Rat. Dem Bevölkerungswachstum muss Rechnung getragen werden. Die Polizei wie auch alle anderen Institutionen sollen ihre Effizienz steigern und ihre Chancen nutzen, zum Beispiel mit der Digitalisierung. Ein Stationierungskonzept aus den 70er-Jahren darf und soll dabei überarbeitet werden. Wir haben hier viele Personen aus betroffenen Gemeinden, und ich weiss, dass in einem Jahr – ohne hier jetzt jemandem etwas vorwerfen zu wollen – Wahlen sind und man sich in der Region starkmachen muss. Aber Hand aufs Herz: Was gibt wirklich ein Sicherheitsgefühl? Ich wohne gegenüber dem Polizeiposten und der Staatsanwaltschaft in Sursee, und ich habe mich nie besonders sicherer gefühlt. Ich hatte vielleicht eher Angst, von der Polizei geblitzt zu werden, wenn ich zu schnell gefahren bin. Valentin Arnold hat mir etwas die Pointe gestohlen, denn ich war zuletzt auf dem Posten, als ich am Töffli herumgeschraubt hatte. Was für die ganze Bevölkerung wirklich wichtig ist, ist, dass die Polizei über verschiedene Medien erreichbar ist. Man muss immer anrufen und bei Fragen die Polizei erreichen können. Ich persönlich sehe es so, dass man eher ein Sicherheitsgefühl aufbauen kann, wenn die Polizei vermehrt patrouilliert. Die Polizei, die heute hier bei uns ist, gibt uns ein Sicherheitsgefühl und nicht das Wissen, dass sie in der Zentralstrasse am Schalter sitzen. Die eigentliche Frage, die man hätte stellen sollen, ist: Wie werden solche Indiskretionen und Kommunikationsfauxpas in Zukunft verhindert? Das wäre spannend zu wissen, denn dies sollte nicht mehr passieren. Entsprechend freue ich mich auf die Diskussionen in der Kommission und im Rat und danke der Regierung noch einmal für die Beantwortung der Anfrage.

Melanie Setz Isenegger: Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Es ist schade, dass diese Informationen nicht bereits früher eingegangen sind, zum Beispiel in der JSK, und dass sie durch eine sogenannte «Indiskretion» an die Öffentlichkeit gelangen mussten. Seit Jahren hat die SP versucht, die Ressourcen von Polizei und

Staatsanwaltschaft zu stärken, insbesondere in den Bereichen organisierte Kriminalität, Menschenhandel und Cybercrime. Das wurde uns in den Budgetberatungen immer wieder verunmöglicht. Wenn jetzt insbesondere bürgerliche Politikerinnen und Politiker über den Abbau im Service public – der Regierungsrat nennt es Umbau – lautstark klagen, ist das in meinen Augen nicht ganz ehrlich. Umstrukturierungen finden meist aufgrund eines Finanzmangels statt und haben eine Verschlechterung des Service public zur Folge. Auch die OE 2030 hat finanzielle Gründe. Die fehlenden Personalressourcen sind nach jahrelangen Sparübungen hausgemacht, und die Situation wird sich wohl auch nicht verbessern, wenn die Schweizergarde mit Unterstützung des Kantons Luzern eine modernere Kaserne erhält. Sie hätten aber gegen den Personalmangel ein Zeichen setzen können, zum Beispiel mit der Zustimmung zum Postulat von Noëlle Bucher, auch Personen mit C-Ausweis den Zugang zur Polizei zu ermöglichen. Bitte denken Sie an diese Diskussion, wenn es darum geht, im Rahmen der OE 2030 Ressourcen zu sprechen. Die SP ist offen für Reorganisationen, wenn sie für die Bevölkerung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Nutzen bringen, wenn sie Anpassungen an die heutigen Bedürfnisse und digitalen Möglichkeiten beinhalten und weiterhin eine gute Sicherheit und faire Arbeitsbedingungen gewährleisten und nicht einen Abbau im Service public bedeuten. Auch wenn es im Kanton Luzern leider nach wie vor ein wenig verpönt ist, möchte ich beliebt machen, bei solchen brisanten Umorganisationen auch die Personalverbände zu informieren und deren Haltung und Empfehlungen in Bezug auf die Mitarbeitenden einzubeziehen.

Gisela Widmer Reichlin: Grosse Irritation hat die Kommunikation zu diesem Thema in der Agglomerationsgemeinde Adligenswil ausgelöst, wo ich Gemeinderätin bin. Wir haben eigentlich bisher eine sehr gute Kommunikation von Regierungsrat Paul Winiker und Polizeikommandant Adi Achermann erfahren, als man über die Auflösung des Polizeipostens Adligenswil diskutiert hat. Ich hätte mir gewünscht, diese Art der Kommunikation weiterzuführen. Man sollte mit den Gemeinden sehr stark in Kontakt bleiben und abklären, was es für die Gemeinden heisst, wenn man in Aussicht stellt, die Polizeiposten aufzulösen. Die Präsenz vor Ort hat einen hohen Wert, gerade für eine älter werdende Bevölkerung, für Familien, die im Ort leben, und für Schüler, die Strassen überqueren. Wir haben keine Erhöhung der Kriminalitätsrate in Adligenswil zu vermerken, aber die Präsenz darf nicht weiter vermindert werden. Trotz digitalem Schalter müssen wir die Zugänglichkeit gewährleisten. Der Service public darf nicht abgebaut werden. Ein weiterer Abbau von Polizeiposten ist also zu vermeiden. Die Anfahrtswege sind länger, davor können wir die Augen nicht verschliessen. Bei einem Notfall muss die Polizei schnell vor Ort sein können. Somit ist der Polizeietat zu erhöhen – wie es die SP schon lange fordert –, damit wir dies gewährleisten können. Unsere ältere Bevölkerung ist vielleicht nicht gleich digital affin wie die jüngere. Der digitale Schalter ist zwar eine Möglichkeit, sich einzubringen und Meldungen zu machen, aber wir müssen das berücksichtigen. Wir als Kantonsrat haben die Verantwortung, die entsprechenden Ressourcen zu sprechen. Denken Sie in den nächsten Beratungen daran, und folgen Sie der SP und sprechen Sie entsprechende Ressourcen. Die Kommunikation mit den Gemeinden, in denen alle von einer Änderung betroffen sind, muss verbessert werden. Auch die Polizei und der Kantonsrat selbst müssen in die weiteren Schritte mit einbezogen werden.

Armin Hartmann: Die SVP ist unglücklich darüber, wie sich die Debatte rund um die OE 2030 der Luzerner Polizei entwickelt hat. Durch eine Indiskretion wurde ein Element einer umfassenden Strategie herausgebrochen, das dann gezielt skandalisiert wurde – ein schlechter Start für ein so zentrales Projekt. Die SVP hat aber Verständnis dafür, dass die am Anfang spärlichen Informationen in betroffenen Kreisen zu Verunsicherungen geführt haben. Polizeiposten sind mit Emotionen verbunden, und immer, wenn es um den Umbau von Leistungen geht, führen Teilinformationen rasch zu Ängsten. Jetzt, wo sich der Nebel ein wenig gelegt hat, ist es an uns Politikerinnen und Politikern, den aktuellen Stand politisch zu bewerten. Wir bedanken uns bei der Regierung für die Antworten und den Versuch, ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen. Für die SVP-Fraktion sind die Antworten stimmig. Die gemachten Gedanken sind für uns nachvollziehbar, und wir sind bereit, uns die Gedanken im

Rahmen des Planungsberichtes anzuhören und unvoreingenommen in die Diskussion einzusteigen. Unsere Position ist dabei klar: Die SVP will, dass sich die Menschen im Kanton sicher fühlen. Wir wollen gute polizeiliche Leistungen, und diese messen wir anhand der Interventionszeiten. Wir verlangen, dass diese OE eine ganz klare Reduktion der Interventionszeiten bringt. Wir wollen eine gute Verankerung der Polizei in den Regionen. Man darf und soll sich kennen. Letztlich wollen wir Rahmenbedingungen dafür, damit die Polizei ihren Leistungsauftrag effektiv und effizient erfüllen kann. Dafür muss sie sich zwingend immer wieder selbst hinterfragen. Das sind Führungsaufgaben, und ich habe absolutes Vertrauen, dass das Polizeikommando und das zuständige Departement diese Führungsaufgaben wahrnehmen. Für uns ist es klar, dass es mehr Ressourcen braucht, um diese Ziele zu erreichen. Wir sind bereit, im Rahmen des Planungsberichtes über Aufstockungen zu sprechen. Wir verlangen aber auch einen sauberen Prozess. Es braucht eine nachvollziehbare Evaluation der Polizeiposten, und diese muss ergebnisoffen sein. Es braucht eine Diskussion mit den Mitarbeitenden und vor allem auch mit den Gemeinden, und die Diskussion muss auf Augenhöhe stattfinden. Es braucht abschliessend eine saubere Kommunikation. Was wir hier vor uns haben, lässt uns schon fragen, wie wir in Zukunft bei langfristigen, weitreichenden Projekten kommunizieren wollen. Die Regierung hat es eigentlich richtig gemacht. Man hat zuerst die betroffenen Mitarbeitenden informiert und dann den Verband Luzerner Gemeinden (VLG), und man hatte einen sauberen Kommunikationsfahrplan. Es wäre falsch, wenn wir diese Indiskretion belohnen würden. Behalten wir das Gesamtsystem im Auge, und sprechen wir darüber, wenn der Planungsbericht vorliegt.

Philipp Bucher: Wir danken der Regierung für die Beantwortung der beiden Anfragen A 765 von Claudia Wedekind und A 766 von Josef Schuler. Aus unserer Sicht sind die Fragen ausführlich und schlüssig beantwortet, was nicht heissen soll, dass hier keine offenen Fragen mehr im Raum stehen. Einmal mehr ist ein Informationsleck respektive eine Indiskretion aufgetreten. Es ist aus unserer Sicht schade, dass immer wieder Träger von Informationen nicht wissen, wie damit umgegangen werden soll. Es wäre für den ganzen Prozess der OE 2030 mit Sicherheit sachdienlicher gewesen, wenn zuerst wie geplant die ausführliche Information und Diskussion in der zuständigen JSK stattgefunden hätte. Viel mehr als Verunsicherung hat die mediale Berichterstattung nicht geschaffen, schon gar keinen Mehrwert. Es ist eine Tatsache, dass bereits heute in 50 Gemeinden in unserem Kanton keine Polizistinnen und Polizisten auf einem Posten vor Ort sind. Gibt es Hinweise darauf, dass in diesen Gemeinden in Bezug auf die Sicherheit oder das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht? Spannend finden wir auch die Tatsache, dass das aktuelle Stationierungskonzept auf Überlegungen aus den 70er-Jahren basiert. In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Welt verändert und damit auch die Sicherheitslage. Wir sind gespannt auf die weiteren Ausführungen von Regierungsrat Paul Winiker im Rahmen der heutigen Behandlung dieser beiden Anfragen und dann insbesondere auch im Rahmen der Sitzung der JSK. Hier erwarten wir, dass auch Polizeikommandant Adi Achermann Stellung nehmen wird. Es wird zweifellos eine grosse Herausforderung sein, die Umsetzung der Massnahmen so aufzugleisen, dass die entstandene Verunsicherung korrigiert werden kann. Die FDP ist mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden.

Carlo Piani: Wir führen heute eine Diskussion zur OE 2030 lediglich auf der Basis eines Teilprojektes, welches verständlicherweise sehr viele Emotionen auslöst. Die Mitte ist nach wie vor überzeugt, dass die dezentrale Stationierung und die Präsenz der Polizei wichtig für das Sicherheitsempfinden der Luzerner Bevölkerung sind und gleichzeitig einen grossen Anteil der Präventionsarbeit abdecken. Die Mitte-Fraktion wird die OE 2030 diesbezüglich genau mitverfolgen, aber nicht nur aufgrund dieses Teilprojektes. Die Mitte will den Inhalt der gesamten OE kenne. Erst unter Einbezug aller Teilprojekte dieser OE kann sachlich beurteilt werden, welche Massnahmen im Fokus der OE stehen und vor allem, warum sie dies tun. Der Mitte ist es darum wichtig, dass in den nächsten Wochen in den verschiedenen Gefässen lückenlos informiert wird. Die zusammenfassenden Vorbemerkungen beider

Anfragen geben einen Eindruck davon, was die OE will. Die Erstellung des Planungsberichtes unterstützt die Mitte, damit das Gesamtprojekt OE 2030 sachlich diskutiert werden kann.

Daniel Rüttimann: Im Postulat P 230 vom Oktober 2020 ging es um die verstärkte sichtbare Polizeipräsenz. Dieses hat der Kantonsrat teilweise erheblich erklärt. Als Gemeinderat von Hochdorf mit dem Ressort Sicherheit möchte ich erwähnen, dass die aktuelle Zusammenarbeit mit der Polizei sehr kooperativ ist und sehr gut funktioniert. Die Wege sind kurz, und man kennt sich. Auf dieser guten Basis sollte man weiterarbeiten, aber momentan sind die personellen Ressourcen knapp. Sie sind eigentlich zu knapp. Es braucht hier dringend zusätzliche Ressourcen, mehr Stellen, eben auch für die sichtbare Polizeipräsenz. Dies ist in diesen Antworten schon aufgezeigt und gut so. Der OE-Prozess 2030 startet erst. Es ist wichtig, dass wir sowohl als Gemeinderäte als auch als Kantonsräte sachlich fundiert das weitere Vorgehen besprechen und die bestmögliche Lösung gemeinsam finden.

Hans Stutz: Ich habe jetzt mehrmals Klagen über die Indiskretionen gehört. Ich muss die Medien hier loben. Sie haben ihre Aufgabe gemacht. Die Klagenden sollten sich einmal fragen, warum jemand zu einem Medium geht und es mit Informationen bedient. Armin Hartmann hat hier einen Hinweis gegeben, er hat von spärlichen Informationen gesprochen. Halbwissen verlangt natürlich nach vollständigem Wissen. Medienberichte sind ein Teil davon. Leider ist es so, dass wir immer noch ein Kanton ohne Öffentlichkeitsprinzip sind. Wir sind immer noch ein Kanton, der ein obrigkeitsstaatliches Informationsverhalten hat und der erst dann informiert, wenn (Vor-)Entscheidungen gefallen sind. Es fehlt aber der Einbezug von allen Betroffenen. Solange dies so bleibt, wird es Indiskretionen geben, und ich freue mich bereits auf die nächste.

Ylfete Fanaj: Ich war 2015 bis 2018 in der JSK. Als wir den Planungsbericht von 2014 besprochen haben, gab es viele Diskussionen aufgrund der vielen Sparpakete wie das Konsolidierungsprogramm 17 (KP17). Immer wieder gab es Diskussionen rund um die Stellen bei der Polizei, die wir mit dem Planungsbericht 2014 gesprochen haben. Schon dort hatte die Polizei einen OE-Auftrag, nämlich 32 Stellen zu schaffen; 50 Stellen wurden bewilligt. Diese Stellen wurden dann aber gar nicht umgesetzt. Man hat die Stellen gekürzt oder sistiert oder die Stellenerhöhung gestreckt. Wenn ich heute hier von der Mitte, der FDP und der SVP höre, wie man sich für die Bevölkerung und die Sicherheit einsetze, dass man dies anschauen wolle und das wichtig sei, dann kommt mir diese Diskussion sehr bekannt vor. Jeweils im Frühling, wenn es nicht um das Budget ging, hiess es immer wieder, dass man sich für die Sicherheit einsetzen würde. Aber wenn es dann darum ging, diese Stellenerhöhungen zu bewilligen, nämlich bei der Behandlung des Aufgaben- und Finanzplanes (AFP) und des Budgets, waren diese Zusicherungen wieder vergessen. Die Polizei steht jetzt wieder vor einer OE. Es ist richtig und wichtig, dass der Planungsbericht erarbeitet wird. Aber bitte erinnern Sie sich daran, was Sie heute hier sagen, wenn Sie nachher beim Budget handeln. Eine OE bringt nur etwas, wenn sie auch umgesetzt wird. Darum erinnern Sie sich bitte an Ihre heutigen Versprechen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Ich möchte mich für die doch sehr wohlwollenden und konstruktiven Voten bedanken. Das Projekt Organisationsentwicklung der Polizei ist ein gutes und ein wichtiges Projekt. Es soll die Sicherheit im Kanton Luzern für die nächsten zehn Jahre garantieren. Wie jede Organisation, die dies tut, muss man seine eigene Strategie wieder einmal auf den Prüfstand stellen. Man muss eine gute, umfassende, sorgfältige Lagebeurteilung machen. Dazu gehört eine Beurteilung der Umweltfaktoren. Wie hat sich die Gesellschaft entwickelt? Wie hat sich unser Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenkörper entwickelt? Was gibt es für Herausforderungen? Diese Herausforderungen für die Sicherheit sind enorm. Sie wurden auch umfassend in diesem Konzept dargestellt. Sicherheit ist auch für unseren Wirtschafts- und Lebenskanton sehr wichtig. Sicherheit ist ein Standortfaktor, auch für die Wirtschaft. Wir haben gute Chancen, unseren Kanton in den nächsten Jahren weiterzuentwickeln. Auch die Wirtschaftsentwicklung braucht Sicherheit. Sicherheit gehört zudem zur Lebensqualität. Jetzt

hat die Polizei in den letzten zwei Jahren ein wirklich umfassendes Konzept erarbeitet und dieses an der letzten Klausur des Regierungsrates vorgestellt. Der Regierungsrat hat grundsätzlich die zwei Hauptstossrichtungen gutgeheissen. Einerseits braucht es mehr Mittel, mehr Know-how, mehr Ressourcen und Institutionen. Andererseits braucht es auch in den Ablauf- und Aufbauorganisationen Anpassungen. Verschiedene Faktoren gehen auf die 70er-Jahre zurück. Hier braucht es umfassende Erneuerungen der Prozesse, aber auch der Aufbauorganisation. Ganz zuletzt hat dies auch Auswirkungen auf das Stationierungskonzept. Jetzt zäumen wir das Pferd vom Schwanz auf. Anstatt dass man, wie wir es wollten, am 12. Januar in der Echogruppe VLG und beim Personalverband informiert hätte und vorher noch intern, und dann am 7. Februar den VLG und die JSK informiert hätte, um dann mit einem Planungsbericht die Diskussion hier im Rat zu führen, diskutieren wir jetzt über das Ohr und sehen nicht die ganze Kuh. Ich habe gelernt, dass man das ganze Projekt sehen sollte, wenn man über ein Projekt spricht, und nicht nur einen Teil herausreissen. Selbstverständlich war die Planung der ganzen Kommunikation sehr gut, und es gibt einen Grundsatz: Zuerst sollte man in einem Projekt intern informieren, dann extern die verschiedenen Betroffenen, wozu die Gemeinden gehören. Der Regierungsrat hat den Vortragenden dieses Projektes ganz klare Aufträge erteilt. Es ist ein sensibles Thema, vor allem die ganze Standortentwicklung. Der Regierungsrat hat den Auftrag erteilt, mit einer ganz sorgfältigen Kommunikation die Betroffenen einzubeziehen. Das wurde übersteuert. Ich beklage das jetzt nicht mehr, sondern ich möchte einen konstruktiven Weg gehen. Am 7. Februar führen wir die Diskussion mit dem VLG. Wir werden mit den Regionen Diskussionen führen. Wir werden hier den Planungsbericht vorlegen und entsprechende Aufträge und Bemerkungen entgegennehmen. Selbstverständlich gibt es zwei wichtige Faktoren: einerseits den Planungsbericht schrittweise sorgfältig umzusetzen und einzelne Entscheide sorgfältig mit den Gemeinden und Regionen umzusetzen, allenfalls auch zu justieren, und andererseits die Ressourcenfrage, die im nächsten AFP aufzunehmen ist. Das sind die nächsten Schritte. Es ist mir ganz wichtig zu betonen, dass dies ein Leistungsverbesserungsprojekt ist und kein Abbauprojekt. Es ist der Regierung und der Polizei selbst sehr bewusst, dass wir das mit den Gemeinden und Regionen machen wollen und müssen. Es geht darum, auch für die Gemeinden die Sicherheit zu verbessern. Ein wichtiger Punkt – das sind Details, die wir erwähnen mussten, um nicht den Vorwurf eines möglichen Abbaus zu hören – ist, dass geplant ist, mit diesen Verbesserungen in den Prozessen durchschnittlich zwei zusätzliche Patrouillen einzusetzen, vor allem auf der Landschaft, um die Einsatzzeiten für Notfälle unter zehn Minuten zu halten. Da haben wir einen Handlungsbedarf, und diesen möchten wir anpacken. Ich bedanke mich nochmals für die doch sehr wohlwollenden Äusserungen. Ich habe das nicht als Bashing empfunden. Es war wohlthuend und konstruktiv. Es geht um die Sicherheit unseres Kantons. Wir brauchen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür, wir brauchen die Gemeinden, wir brauchen die Regionen, und wir brauchen auch Ihren Rat bei der Weiterentwicklung dieses wichtigen und sehr guten Projektes.